

Protokoll:

Es erfolgt, wie zuvor angekündigt, eine gemeinsame Beratung der Punkte 1 und 2.

Oberbürgermeister Dr. Schulte-Wissermann merkt an, die Beschlussvorlage wurde entsprechend den Beratungen des Haupt- und Finanzausschusses am 25./26. Februar 2010 und 01.03.2010 überarbeitet. Er bittet, soweit noch nicht geschehen, die Beratungsunterlagen entsprechend zu aktualisieren.

Es ist eine Redezeitbeschränkung für die Haushaltsreden pro Fraktion von 15 Minuten im Ältestenrat vereinbart worden. (Mit der neuen Fraktion sind nunmehr 6 Fraktionen im Stadtrat.)

Oberbürgermeister Dr. Schulte-Wissermann ruft die Redner der einzelnen Fraktionen in der Reihenfolge CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, BIZ-Fraktion, FDP und FBG auf, um aus ihrer Sicht zum Haushaltsentwurf 2010 Stellung zu nehmen.

Für die CDU-Ratsfraktion trägt Rm Angela Keul-Göbel die Rede vor.
Diese ist als Anlage 1 der Niederschrift beigelegt.

Für die SPD-Ratsfraktion trägt Rm Christian Altmaier die Rede vor.
Diese ist als Anlage 2 der Niederschrift beigelegt.

Für die Ratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen trägt Rm Hans-Peter Ackermann die Rede vor.
Diese ist als Anlage 3 der Niederschrift beigelegt.

Für die BIZ-Ratsfraktion trägt Rm Stephan Wefelscheid die Rede vor.
Diese ist als Anlage 4 der Niederschrift beigelegt.

Für die FDP-Ratsfraktion trägt Rm Birgit Hoernchen die Rede vor.
Diese ist als Anlage 5 der Niederschrift beigelegt.

Für die FBG-Ratsfraktion trägt Rm Karin Herrmann die Rede vor.
Diese ist als Anlage 6 der Niederschrift beigelegt.

Auf Nachfrage erfolgt keine Rede seitens des Rm Klein (fraktionslos).

Oberbürgermeister Dr. Schulte-Wissermann nimmt Bezug auf die vorhergegangenen Redebeiträge. Dort seien Töne angeschlagen worden, die, wenn sie unkommentiert im Raum stehen blieben, falsche Eindrücke erwecken könnten. Zunächst weise er darauf hin, dass die Haushaltspolitik nicht die des Oberbürgermeisters sei. Es sei einfach, alles, was falsch laufe, auf den Oberbürgermeister zu schieben. Es sei eine gemeinsame Aufgabe über all die Jahrzehnte gewesen zwischen der Verwaltung, die lediglich Entwürfe erarbeite, und dem Rat, der das Budgetrecht inne habe. Wie die Haushalte ausgestaltet seien, entscheide letztlich der Rat mit, da es eine Gemeinschaftsaufgabe sei. Wenn man also daran Kritik übe, dass manches schlecht gelaufen sei, müsse dies auch ein wenig auf den Rat zurückfallen. Dies gelte auch für den vorliegenden Haushalt, der sehr intensiv beraten worden sei. Man habe sich 6 Wochen mehr Zeit genommen, um ihn nicht im Dezember beraten zu müssen. Denn man habe im November zunächst die erste Eröffnungsbilanz der Stadt Koblenz beraten und beschlossen. In den mehrtägigen Beratungen der Fraktionen, in denen die Verwaltung ebenfalls vertreten gewesen

sei, wie auch in den 3-Tägigen Haushaltsberatungen in den Gremien, habe massiv Gelegenheit bestanden, Einsparungen vorzunehmen. Jede Haushaltsposition sei aufgerufen worden. Da sei es eigentlich nicht gerecht, zu sagen, dass hier eine Chance der Verwaltung vertan worden sei. Er habe alle eingeladen, unter ausdrücklicher Beschreibung der Situation den Weg zu gehen, weitere Quellen der Ausgabenbegrenzung wie auch der Einnahmenerhöhung zu finden. Manches sei in diesem Zusammenhang auch geschehen. Aber wenn man hier vortrage, die Verwaltung müsse endlich im Rahmen eines Arbeitskreises an die Kandare genommen werden und man müsse nach Lösungen suchen, wie man wie die Stadt Esslingen Millionenbeträge finde, dann halte er dies nicht für sachgerecht. Alle hätten die Möglichkeit gehabt, einen Beitrag zu leisten. Wenn er die Ausführungen des Städtetages lese, was in Duisburg nun geplant sei, dann höre sich das so an: „Das Haushaltssicherungskonzept, das derzeit beraten wird, umfasst 400 Einzelmaßnahmen. Beispielsweise werden bis zum Jahre 2014 insgesamt 680 Stellen wegfallen. Die Hundesteuer solle erhöht werden. Die Nutzungsentgelte für die Sportvereine erhöht werden. Die Eintrittspreise für die Schwimmbäder erhöht werden. Konzerte sollen teurer werden. Die Theaterpreise sollen steigen. Die Elterbeiträge für Kita- und Hortbetreuung sollen erhöht werden. Parkgebühren müssen steigen. Zuschüsse für kulturelle Einrichtungen müssen gekürzt werden. ...“ Auf die Reaktion sei er gespannt.

Man müsse auch einmal sehen, dass die Stadt Koblenz einen Haushalt von 280 Mio. Euro habe unter Addition des Investitionshaushaltes kämen noch einmal 80 bis 90 Mio. Euro zusätzlich hinzu. Davon solle man dann 25 % sparen. Wenn man den Haushalt alleine in den Teilhaushalten betrachte, werde man sehr schnell zu dem Ergebnis kommen unter dem Gesichtspunkt der disponiblen und nichtdisponiblen Ausgaben im Rahmen der Haushaltssicherungskonzepten, dass man nur ganz wenig Spielraum habe. Er frage, wie man z.B. den Sozialetat mit 116 Mio. kürzen wolle oder wie man bei Pflichtaufgaben, die der Gesetzgeber vorsehe und für die man auch Personalkosten vorsehen müsse, reduzieren wolle. Man komme dann vielleicht auf einen Raum von 3 bis 4 Mio. Euro für freiwillige Leistungen. Diesbezüglich stelle sich die Frage, wie man finanzielle Zuwendungen an die freien Träger kürzen solle. Man kenne doch die Brandbriefe von den freien Trägern. Insofern bitte er ein wenig, die Realität nicht aus dem Auge zu verlieren, dass man bezüglich Sparbemühungen sehr schnell an Grenzen stoße, weil man als Stadt zur Daseinsvorsorge aufgerufen sei. Bei den Investitionen sei es einfach, zu sagen, aus dem Jahre 2010 habe man 10 Mio. Euro in das Jahr 2011 oder 2012 verschoben. Dies ginge auch, aber dann komme man gleich wieder mit dem Hinweis des Sanierungsstaus an Schulen, öffentlichen Gebäuden, Straßen etc. Er wirft die Frage auf, ob man Investitionen in diesem Bereich verschieben wolle. Er wolle nicht bestreiten, dass es an verschiedenen Stellen noch Einsparmöglichkeiten und Einnahmeverbesserungen gebe. Eine entsprechende Liste dazu habe die Verwaltung vorlegt. Aber bei der Beratung im Haupt- und Finanzausschuss seien davon höchstens 10 % angegangen worden, so dass das Sparen auch einen anderen Klang bekomme. Er sei immer für das Sparen gewesen. In diesem Jahr sei natürlich die Kreditsumme im Investitionshaushalt besonders hoch. Dies habe zwei Gründe, die der Rat beschlossen habe: Im Jahre 2010 – ein Jahr vor der Bundesgartenschau – erfolgten die Hauptausgaben und die dazugehörigen Kreditaufnahmen dazu. Die Stadt Koblenz solle 28 Mio. Euro selbst dazusteuern. Zudem finanziere man einige Dinge für das Land vor. Deshalb komme man zu entsprechend hohen Millionenbeträgen aber mit einer Finanzierung, die sich nach unternehmerischen Gesichtspunkten außerordentlich lohne. Wenn man wirklich Herrn Graulich Ansicht folge, dass die Bundesgartenschau etwa 500 Mio. Euro in der Stadt Koblenz in 3 Jahren bewege mit einem Einsatz von 28 Mio. Euro im städtischen Haushalt, dann komme soviel zurück in die Infrastruktur der Stadt und in den Stadtsäckel, dass man nur sagen könne, es sei eine sehr gute unternehmerische Entscheidung, so zu verfahren.

Zweitens kämen das Konjunkturprogramm und das Förderprogramm des Bundes in Bezug auf die Welterbestätten hinzu. Daran habe die Stadt ebenfalls ihren eigenen Anteil an Krediten beizusteuern. Der Rat sei der Auffassung gewesen, dass man ein Volumen von weit mehr als 20 Mio. Euro in beide Programme stecken wolle, weil Verwaltung und Rat der Auffassung gewesen seien, dass dies gut angelegtes Geld sei und dass man natürlich bei Zuschüssen von bis zu 60 bis 70 % seitens der öffentlichen Hand so günstig wie nie die Sanierungsaufgaben bewältigen oder neue Maßnahmen angehen könne. Auch das sei vom Rat so gewollt. Wenn man nun sagen würde, man spare davon 5 oder 10 Mio. Euro, dann müsse man logischerweise konkret sagen, welche Maßnahme man dann nicht umsetzen werde. Dies werde aber kein Vertreter des Rates tun. Dies hätte man sonst heute angeben müssen.

Er nimmt des Weiteren Bezug auf die häufig vorgetragene These, die Stadt Koblenz sei eine Schuldenstadt und man hätte in den letzten Jahren nichts dazu beigetragen, Schulden abzubauen. Er weist darauf hin, die Stadt Koblenz habe in den letzten Jahren, wo es im operativen Vollzug des Haushaltes deutliche Überschüsse gegeben habe, alle bisherigen Defizite auf 20 Mio. Euro zurückgeführt. Hier empfehle er, sich einmal in anderen Städten wie Ludwigshafen, Kaiserslautern oder Mainz umzuhören. Dort seien ganz andere Defizite aufgelaufen in Höhen von bis zu 500 Mio. Euro. Die etwaigen Überschüsse seien in Koblenz immer in die Rückführung der Defizite geflossen. Bezüglich der Schulden zitiert er aus einer den Ratsmitgliedern vorliegenden Tabelle. Auf der Basis dieser Zahlen lasse sich ein Schuldenabbau belegen. Anderslautende Aussagen könne er nicht nachvollziehen. Dies hätten Rat und Verwaltung gemeinsam erreicht durch entsprechenden Umgang miteinander und diesbezüglichen Beschlüssen – auch bei den so genannten Haushaltssicherungsgesetzen und der Neustrukturierung der Verwaltung zur Effektivitätssteigerung. Koblenz habe im Hinblick auf den Schuldenstand nicht aufgestockt, sondern man habe bezüglich der langfristigen Kredite über 15 Jahre eine Netto-Neuverschuldung von Null erreicht.

Neu sei das Problem der Liquiditätskredite. Diese habe man lange Zeit überhaupt nicht benötigt. Im Gegenteil hätte man auf dem Konto 240 immer ein positives Ergebnis gehabt. Grund dafür sei, dass die Eigenbetriebe bei diesem Konto ihre Guthaben hätten, die man z.B. beim Eigenbetrieb 83 mit 2,5 oder 3 Prozent verzinse. Richtig sei, dass man im Jahre 2009 in eine ungünstige Situation gekommen sei. Er betont deutlich, dies sei nicht hausgemacht, sondern diese sei aufgezwungen aus globalen Faktoren und aus hausgemachten Gründen in Berlin. Dort sei über Jahre immer wieder ein Steuersenkungsprogramm aufgelegt worden. Alleine das Wachstumsbeschleunigungsgesetz bedeute Verluste von 1,3 Mio. Euro für Koblenz, neben der Tatsache, dass über die Einkommensteuer und die Zuteilung der Gewerbesteuer in 2009 dramatisch wenige Mittel zugeflossen seien. Wie man wisse, sei Koblenz ein Banken- und Versicherungsplatz. Wenn eine große Versicherungsgruppe in der Diversifizierung der Anlagen Verluste einfahre, dann habe dies Auswirkungen auf die Gewinne und demzufolge weniger Steuern für die Kommune. Er sei aber guten Mutes, dass diese Situation zeitlich beschränkt sei. Koblenz sei gut aufgestellt mit dem Abbau der Schulden und mit den Möglichkeiten von jahrelangen Überschüssen, um Defizite abzubauen. Bezüglich der Liquiditätskredite liege man im Vergleich zu anderen Städten immer noch gut im Rennen.

Wenn man in die Eröffnungsbilanz schaue, dann stelle man fest, dass man bei 1,2 Mrd. Euro Bilanzsumme eine Verschuldung von etwa 240 Mio. Euro habe. Dann kämen die Rückstellungen mit 36 Mio. Euro hinzu. Gleichwohl habe man eine Eigenkapitalquote, die sich immer noch sehen lassen könne mit deutlich über 50 %. Richtig sei, dass man aufpassen müsse, dass, wenn sich die Entwicklung von 2009 wiederhole mit dem erheblichen Rückgang der Einnahmen, man in 8 bis 10 Jahren das gesamte Eigenkapital verbraucht habe. Dies dürfe nicht passieren. Aber darauf dürfe man nach seiner Auffassung nicht nur bilanztechnisch antworten, sondern es komme

darauf an, dass dieser Haushalt trotz aller Schwierigkeiten und Bedenken für die Stadt Koblenz zukunftsfruchtig sei. Er bringe Koblenz trotz Finanzkrise weiter. Man könne doch nicht plötzlich auf die Investitionen verzichten und die BUGA ausfallen lassen. Es sei doch gerade die sichere Erkenntnis, dass man damit die Stadt Koblenz sprunghaft im Wettbewerb positioniere. Es werde darauf ankommen, diese so wichtigen Leitinvestitionen umzusetzen, damit man dann auch die Ernte einfahren könne. Alleine beim Zentralplatz seien Steuermehreinnahmen von 1 bis 1,5 Mio. Euro prognostiziert. Diese Einnahmen müsse man den Ausgaben für Miete und ähnliches entgegenrechnen.

Bezüglich des Sanierungsstatus merkt er an, in der Schulsanierung habe man seit 2005 ein Koblenzer Modell mit der Wohnbau. Im Schulbausanierungsprogramm habe man von 2005 bis 2009 bereits 25 bis 30 Mio. Euro investiert, in 2010 seien zudem Investitionen von weiteren 10 Mio. Euro vorgesehen, in 2011 12 Mio. Euro und dies ergebe zusammen fast 60 Mio. Euro, die man in die Schulen investiere und dabei seien nicht die Sonderprojekte eingerechnet, die die Wohnbau in eigener Regie erstelle und an die Stadt vermiete (z.B. Finkenherd Karthause, Mensa Diesterwegschule, Sporthalle Max-von-Laue- Gymnasium, Mensa Asterstein). Wenn man alles addiere habe man bis einschließlich 2011 77 Mio. Euro in die Schulsanierung bzw. den Neubau gesteckt.

Wenn dann vorgetragen werde, das Land solle noch ein bisschen mehr fördern, dann müsse man bedenken, dass 40 Mio. Euro für den Hochwasserschutz, 150 Mio. Euro in den letzten 5 Jahren an Hochschule, Universität, Fachhochschule und Schulen, in die Festung Ehrenbreitstein, Stolzenfels und ähnliche Projekte des Landes etwa 70 Mio. Euro sowie 30 Mio. Euro für das Justizzentrum geflossen seien. Man solle doch froh sein, wenn die Justiz z.B. auf dem ehemaligen Deinhardgelände konzentriert werde. Auch Ratsmitglied Assenmacher habe zu Verzögerungen des Bauvorhabens beigetragen. Des Weiteren saldierten sich die Gelder für die Sanierung des Zentralplatzes und angrenzendes Sanierungsgebiet inzwischen auf 16 Mio. Euro einschließlich der so genannten Randbereiche. Oder das Land gebe im Rahmen von Förderprogrammen Geld dazu oder für die Bundesgartenschau 2011 49 Mio. Euro. Diesbezüglich sei ein Schulterchluss mit dem Land vorgenommen worden, wenngleich man natürlich auch immer wieder versuche, noch mehr Gelder aus Mainz heraus zu handeln.

Man befinde sich in einer schwierigen Situation. Er könne in vielen Teilen der Haushaltsreden nachvollziehen, dass man extrem aufmerksam und natürlich auch sparsam sein müsse, aber es sei bei der Kommunalpolitik leider nicht nur eine bilanztechnische Sache, sondern man müsse sich fragen, ob dieser Haushalts so wichtig sei, um durch die schwierige Zeit zu kommen, Zukunftsinvestitionen zu finanzieren, die Koblenz wettbewerbsfähig machten und dass man alsbald wieder mehr Spielraum gewinne. Der Haushalt sei wichtig, ohne diesen werde man nicht so handeln können, wie man dies wolle. Deswegen bitte er um Zustimmung.

Auf Nachfrage von CDU-Fraktionsvorsitzender Schumann-Dreyer antwortet Oberbürgermeister Dr. Schulte-Wissermann, auch Ratsmitglied Assenmacher habe sich einmal um die Vermarktung des Deinhardgeländes bemüht.

Rm Assenmacher (CDU) erwidert, die Aussage von Oberbürgermeister Dr. Schulte-Wissermann stimme überhaupt nicht.

Oberbürgermeister Dr. Schulte-Wissermann erklärt sich bereit, Ratsmitglied Assenmacher unter vier Augen über das ihm in der Frage Zugetragene zu informieren.

Rm Assenmacher (CDU) möchte öffentlich dazu Stellung beziehen, daher fordert er den Oberbürgermeister dazu auf, öffentlich über das ihm Zugetragene zu reden.

Oberbürgermeister Dr. Schulte-Wissermann führt aus, Vertreter des Eigentümers hätten ihm diese Information zuteilwerden lassen.

Rm Assenmacher (CDU) weist die Aussage von Oberbürgermeister Dr. Schulte-Wissermann hinsichtlich eventueller Vermarktungsbemühungen seiner Person entschieden zurück.

Es folgen die Anträge der Fraktionen im Rahmen der Haushaltsreden:

Anträge der CDU-Fraktion:

- 1) S. 97 Investitionshaushalt, Übertragung von 12.000 Euro Planung Beleuchtung Wasserwerksrunde aus 2009 nach 2010

Der Stadtrat lehnt den Antrag bei 24 Ja-Stimmen und 31 Nein-Stimmen mehrheitlich ab.

- 2) S. 257 Investitionshaushalt, Vorziehen der Mittel in Höhe von 302.000 Euro bei einem Landeszuschuss von 125.000 € aus dem Jahr 2012 in das Jahr 2010, Vorhaben: Kreuzung Pfarrer-Kraus-Straße / L 127 sowie von 371.000 € Ausgaben und 148.000 € Einnahmen aus dem Jahr 2013 in das Jahr 2011

SPD-Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann bittet um eine Auskunft der Verwaltung, die man im Haupt- und Finanzausschuss in der Angelegenheit bereits erhalten habe. Ohne Frage habe man als SPD-Fraktion die Ratskollegen David Langer und Gerd Voell (beide SPD) bei dem Thema unterstützt, weil dies eine wichtige, sinnvolle Sache sei. Aber es gebe ganz viele wichtige, sinnvolle Dinge, die in der Stadt Koblenz auch nicht umgesetzt werden könnten. Man habe nur deshalb nicht die Mittel in den Haushalt einstellen lassen, weil die Verwaltung mitgeteilt habe, dass es nicht möglich sei, vor der BUGA diesen Kreislauf fertig zu stellen und dass die Baustelle in die BUGA-Zeit rücken werde. Somit mache es keinen Sinn. Man könne auch nicht sagen, wegen der BUGA müsse er gebaut werden. Sie erinnere daran, dann müsste es in den BUGA-Etat aufgenommen werden. Nichtsdestotrotz habe man dort in Verbindung mit dem Kreislauf in Niederberg eine Verpflichtungsermächtigung vorgesehen. Dort könne jetzt möglichst bald mit der Ausschreibung und dem Bau begonnen werden. Hier habe man eine andere Situation. Dazu hätte sie gerne noch einmal eine Stellungnahme des Baudezernenten.

Beigeordneter Prümm erläutert, man werde bei diesem Kreislauf ein Problem bekommen, denn man werde die Unabweisbarkeit der Maßnahme gegenüber der ADD nicht darstellen können, weil in der Zwischenzeit mitgeteilt worden sei, dass man hier keinen Unfallhäufungsschwerpunkt sehe. Man müsse also dann bei der ADD nachweisen, dass Unabweisbarkeit vorläge, was sich sehr schwierig gestalten dürfte. Wenn dann noch die Zeit wegläufe, habe man auch noch eine Baustelle zur BUGA.

Herr Giefer (Ortsvorsteher) merkt an, die Angelegenheit beschäftige den Ortsbeirat Arenberg / Immendorf nicht erst mit Bekanntwerden der BUGA sondern schon Jahre davor. Seit 2004 arbeite der Ortsbeirat an einem vernünftigen Verkehrskonzept für diesen Bereich der L127

(früher B49) im Bereich des Stadtteils Arenberg / Immendorf. Die B49 sei nach Rückwidmung auf die L125 nie zurückgebaut worden. Bushaltstellen lägen unmittelbar im Randstreifen der Straße. Der Randstreifen, der teilweise als so genannte fußläufige Verbindung ausgewiesen werde, sei in keiner Weise gesichert. Deshalb sei der Ortsbeirat froh gewesen, als mit Bekannt werden der BUGA die ersten Planungen und Beratungen erfolgt seien anhand einer Entwurfsskizze, die dann weiter ausgearbeitet worden sei. Es seien verschiedene Varianten vorgestellt worden. Dabei sei die größte Variante der Kreiselausbau gewesen. Die entsprechenden Unterlagen habe er dem Rat zukommen lassen, denn daran hänge nicht nur die verkehrliche Erschließung sondern auch fußläufige Verbindungen in dem umliegenden Bereich. Man habe daran gearbeitet, Gespräche mit den Eigentümern, Nachbarn und Anliegern geführt und es sei für ihn heute auch das erste Mal, dass er diese Aussagen höre. Er habe eigentlich mit der Verwaltung lange gut zusammengearbeitet. Wenn die Planung nicht so umgesetzt werden könnte, wäre es doch nur richtig gewesen, darüber zu informieren, um die Angelegenheit auf einen anderen Weg zu bringen. Der Ortsbeirat Arenberg / Immendorf habe die Maßnahme in den verschiedenen Varianten einstimmig beschlossen. Deshalb arbeite man daran, weil man auch zur BUGA die Hauptverkehrslast als öffentliches Zufahrtstor trage. Man arbeite seit Jahren im Hinblick auf die BUGA an der Verbesserung der Fußwegeverbindung und an der Erschließung des Kreuzungsbereiches, der auch von Fachleuten für den KFZ-Verkehr als sehr unübersichtlich und für Fußgänger nahezu unüberquerbar eingeschätzt werde. Deshalb freue er sich, dass heute die CDU-Fraktion die Anregung des Ortsbeirates noch einmal aufgegriffen habe, um eine sichere Wegführung für die BUGA und darüber hinaus zu realisieren.

Beigeordneter Prümm erklärt, auf den zeitlichen Aspekt habe man schon im Haupt- und Finanzausschuss hingewiesen. Wenn man aber weiterhin aufgefordert werde, sich Gedanken über die Finanzierung zu machen, heiße dies im Klartext, man müsse beim Landesbetrieb Mobilität irgendwann bezüglich der Frage vorstellig werden, wie es mit der Förderfähigkeit der Maßnahme aussehe. Wenn dann der Landesbetrieb sage, es sehe hinsichtlich der Förderfähigkeit aus vielen Gründen nicht gut aus und dies sei erst vorgestern erfolgt, dann könne er nicht schon vorgestern darüber informieren.

CDU-Fraktionsvorsitzende Schumann-Dreyer führt aus, hier werde wieder ganz deutlich, dass der Stadtrat schon im vergangenen Jahr einen Beschluss gefasst habe und der Meinung gewesen sei, es sollte etwas an der Kreuzung passieren. Faktisch sei aber nichts passiert, weil die Verwaltung es nicht bearbeitet habe und wenn sie nun höre, es wäre nicht unabweisbar, dann gelte dies auch für die nächsten Jahre. Sie finde dieses Verfahren nicht in Ordnung und daran werde ganz deutlich, dass die Verwaltung immer den stärkeren Hebel habe. Da könne der Rat beantragen, was er wolle, weil immer Argumente gefunden würden, obwohl der Landesbetrieb in der Presse große Anzeigen schalte und den Bürgern verspreche, als würde etwas passieren, um dann zum Schluss zu sagen, man bekomme es zeitlich nicht mehr realisiert. Diese Verfahrensweise müsse sie kritisieren und könne dies so nicht hinnehmen.

Oberbürgermeister Dr. Schulte-Wissermann weist darauf hin, man habe die Angelegenheit in den städtischen Gremien beraten und die Maßnahme dann im Ergebnis nicht aufgenommen. Es sei somit nicht nur Wille der Verwaltung, sondern es sei eine Mehrheit dafür vorhanden gewesen, die Angelegenheit nicht aufzunehmen. Die Begründung sei nach wie vor vorhanden und ähnlich wie in den vorhergehenden Gremien.

Beigeordneter Prümm findet es nicht in Ordnung, wenn gesagt werde, die Verwaltung habe nichts getan. Sie sei tätig geworden, aber unter dem Haushaltsdruck und den Zusagen von Fördergeldern könne man es leider nicht so zügig umsetzen, wie es gewünscht werde. Wenn sich dann auch noch der zeitliche Druck so gestalte, dass die Verwaltung große Vorwürfe gemacht bekomme, weil man während der BUGA-Zeit baue und man zudem dargestellt habe, dass es in späteren Haushaltsjahren durchaus umgesetzt und Fördergelder einfließen könnten, dann sei die Zurückstellung der Maßnahme richtig.

Rm Keul-Göbel (CDU) äußert, ihres Erachtens zeige sich hier wieder, dass die von der Verwaltung gewünschten Vorhaben durchgesetzt und andere erst später realisiert würden. Man habe zuvor darauf hingewiesen, dass der Rat das Budgetrecht habe. Dies sei richtig, es nutze ihm aber nichts, wenn die Verwaltung bei Maßnahmen, die sie jetzt nicht durchführen wolle, Argumente finde, warum dies nicht ginge. Dieses Vorgehen kritisiere und bedauere man sehr.

Rm Langner (SPD), MdL, trägt vor, Rm Keul-Göbel habe in ihrer Haushaltsrede den damaligen Presseartikel auch richtigerweise zitiert. Der Ratkollege Voell und er hätten vor Ort gestanden und gesagt, man wünsche sich jetzt, dass die Verwaltung an dieser Stelle zügig handle und dass die Maßnahme schnell umgesetzt werde. Das Schreiben von Minister Hering in der Sache sei sozusagen ermunternd gewesen, dass das Land entsprechend, wenn die Stadt dort aktiv geworden wäre, auch Fördergelder bewilligt hätte. Insofern habe man in der SPD-Fraktion darüber sehr intensiv diskutiert, wie man mit dieser Sachlage an der Stelle umgehen wolle. Wenn es heute hier heiße, dass es schwierig sein werde, diese Maßnahme im laufenden Jahr umzusetzen und dass es wahrscheinlich dann in die BUGA-Zeit fallen werde, dann könne man der Angelegenheit heute nicht zustimmen. Wobei es für ihn persönlich und Rm Voell eine etwas schwierige Situation sei. Man hätte sich dies anders gewünscht.

Beigeordneter Prümm erklärt, er hätte sich dies auch anders gewünscht. Er empfiehlt, sich mit dem erwähnten Minister in Verbindung zu setzen und sich erläutern zu lassen, welche Gelder der Landesbetrieb Mobilität zur Verfügung gestellt bekomme und wie dieser mit diesen Mitteln an den Markt ginge. Wenn die Stadt vom LBM gesagt bekomme, in diesem Jahr laufe die Maßnahme nicht, dann könne die Verwaltung keine Fördermöglichkeit sehen.

FBG-Fraktionsvorsitzender Gniffke nimmt Bezug auf die Ausführungen des Ortsvorstehers und regt an, soweit möglich vorab mit geringeren Mitteln für eine Entschärfung der Situation zu sorgen.

Beigeordneter Prümm gibt zu bedenken, dass es sich hier um eine Gesamtmaßnahme handle. Wenn man mit Stückwerk vorgehe, dann würden unnötig Mittel ausgegeben. Daher sollte man die Maßnahme als eine Einheit ansehen.

Der Stadtrat lehnt den Antrag bei 24 Ja-Stimmen und 31 Nein-Stimmen mehrheitlich ab.

- 3) S. 151 Ergebnishaushalt, zusätzliche Mittel in Höhe von 50.000 Euro zur Förderung von energiesparenden Haushaltsgroßgeräten mit 100 Euro pro Haushalt einzustellen

Rm Biebricher (CDU) verweist auf die bereits geführten Diskussionen in der Sache. Man habe gleich lautenden Antrag schon im letzten Jahr gestellt. Es ginge darum, dass in den privaten

Haushalten über 30 % des Stroms von der so genannten weißen Ware (Großgeräten) verbraucht werde. Diese Großgeräte seien in Deutschland im Schnitt über 13 Jahre alt. Wie vor 13 Jahren die Energieeffizienz ausgesehen habe, müsse man niemandem sagen. Das hier ein großes Einsparpotential vorliege, sei ganz klar und dies wolle man nutzen. Man wolle den Bürgern den Anreiz geben, diese Großgeräte gegen neuere Ware umzutauschen. Deswegen wolle man jedem, der diesen Umtausch vollziehe, 100 Euro Zuschuss gewähren. Die Problematik mit der „Oma aus der Goldgrube“ ließe sich auch regeln. Dies habe bei der Abfrackprämie auch funktioniert. Aber es sei nicht die Aufgabe des Rates, sich um diese Modalitäten zu kümmern. Das sei Sache der Verwaltung. Das Argument freiwillige Leistungen ziehe auch nicht, weil Rm Altmaier in seiner Rede darauf hingewiesen habe, wie viele man davon habe und wie stolz man darauf sei. Dann komme es auf eine Position mehr auch nicht an.

Rm Lehmkuhler (SPD) nimmt Bezug auf die Haushaltsberatungen vor einem Jahr und den gleich lautenden Antrag der CDU-Fraktion. Dort sei von der CDU-Fraktion behauptet worden, verschiedene Städte würden den vorgeschlagenen Weg so praktizieren. Eine Überprüfung habe ergeben, die genannten Städte würden dies nicht tun, sondern dies täten Energieversorgungsunternehmen im Rahmen ihrer Kundenbindungsstrategie. Er habe dann bei den Haushalteberatungen, als der Antrag erneut von der CDU-Fraktion gestellt worden sei, ausgeführt, dass dies eine zusätzliche freiwillige Leistung sei, die die ADD mit Sicherheit streichen werde. Unabhängig davon habe er geäußert, der Antragsteller hätte doch längst bei dem Energieversorgungsunternehmen vorstellig werden und diese Lösung einbringen können. Diesbezüglich habe er von der CDU-Fraktionsvorsitzenden gehört, was die Fraktion tun werde, wolle man selbst entscheiden. Daraus habe er entnommen, dass der Antragsteller dies nicht tun werde und habe sich daraufhin mit der KEVAG in Verbindung gesetzt. Die KEVAG habe ihm die Auskunft erteilt, dies praktiziere sie bereits in Ost-Hessen, wo sie Kunden akquiriere und dies werde man auch auf Koblenz übertragen. Dazu werde man ein Modell erarbeiten, in dem man gleichzeitig Vertragsverlängerungen / Kundenbindungen einginge. Die Energieversorgungsunternehmen könnten dies einfach umsetzen, denn für sie sei dies keine freiwillige Leistung und keine zusätzliche Belastung. Das hätte der Antragsteller anstoßen können. Da dies nicht erfolgte, habe er dies veranlasst.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Oberbürgermeister Dr. Schulte-Wissermann den oben genannten Antrag zur Abstimmung.

Der Stadtrat lehnt den Antrag bei 24 Ja-Stimmen und 31 Nein-Stimmen mehrheitlich ab.

- 4) S. 187 Ergebnishaushalt, zusätzlich 100.000 zur Förderung von schnellen Datennetzen in der Stadt für Unternehmen und Stadtteile
Finanzierung durch Reduzierung von 50.000 Euro auf Seite 38 bei dem Vorhaben „Corporate Design“ (bereits beschlossen) sowie um weitere 50.000 Euro durch Kürzung der 104.000 Euro für Öffentlichkeitsarbeit auf Seite 187 – Begründung: Im BUGA-Jahr ist zusätzliche Werbung für Koblenz nicht erforderlich

Oberbürgermeister Dr. Schulte-Wissermann merkt hinsichtlich der Begründung an, er sei umgekehrter Auffassung. Im BUGA-Jahr müsse man gerade besonders werben.

Der Stadtrat lehnt den Antrag bei 24 Ja-Stimmen und 31 Nein-Stimmen mehrheitlich ab.

- 5) Bei der Herrichtung des barrierefreien Zugangs in Ehrenbreitstein beantragt der Antragsteller den Zusatz: „Freigabe durch den Haupt- und Finanzausschuss“, weil noch Unklarheit bezüglich des Baus des Schrägaufzugs besteht

Der Stadtrat stimmt mehrheitlich dem oben genannten Antrag zu.

- 6) Streichung der beantragten zwei Stellen für die Zentrale Stelle für Serviceentwicklung sowie die Fortentwicklung der Bürgerorientierung

Oberbürgermeister Dr. Schulte-Wissermann verweist auf die dazugehörigen Beschlussvorlagen und die Beratungen im Haupt- und Finanzausschuss.

Der Stadtrat stimmt mehrheitlich bei 15 Gegenstimmen der oben genannten Streichung im Stellenplan 2010 zu.

Frau Brockmann-Kneip (Amt 20) merkt an, Rm Keul-Göbel (CDU) habe im Rahmen ihrer Haushaltsrede noch zwei weitere Anträge erwähnt (siehe Seite 7 der Anlage 1). Hierbei gehe es um die Übertragung von Mittel aus dem Jahr 2009 für den Stadionneubau (55.000 Euro) und den Endausbau Weitenbornstraße (15.000 Euro). In Abstimmung mit dem Antragsteller sage die Verwaltung zu, diese beiden Positionen mit auf die Liste der Auszahlungsermächtigungen Investitionshaushalt 2009 zuzunehmen, die dem Rat im April zur Entscheidung vorgelegt werde.

Es folgt seitens der SPD-Fraktion nachfolgender Antrag:

- 8) Den Ansatz für die Neugestaltung der Rheinanlagen im Wirtschaftsplan des EB 67 von 700.000 Euro um 2 Mio. Euro zu erhöhen und damit auf den ursprünglichen Ansatz von 2,7 Mio. Euro zurückzuführen

Der Stadtrat lehnt den Antrag bei 19 Ja-Stimmen und 36 Nein-Stimmen mehrheitlich ab.

Es folgt seitens der FDP-Fraktion nachfolgender Antrag:

„Der Rat der Stadt möge beschließen,

- 1) Es wird ein zeitlich nicht befristeter Arbeitskreis „Schwarze Null“ eingerichtet. Aufgabe dieses Arbeitskreises soll es sein, kontinuierlich Sparmöglichkeiten zu erarbeiten.
Die Umsetzung von erarbeiteten Sparvorschlägen ist eng zu bearbeiten.
- 2) Ziel ist die Einsparung von (mittelfristig) mind. 25 Mio. Euro (10%) im städtischen Haushalt.
- 3) Der Arbeitskreis setzt sich zusammen aus den Mitgliedern des Stadtvorstandes, maßgeblichen Vertretern aller Ämter, Eigenbetriebe und Repräsentanten der

Ratsfraktionen sowie nach Bedarf externen wirtschaftlichen und rechtlichen kompetenten Sachverstand.

- 4) Der Arbeitskreis tagt zunächst intensiv, um die akuten Probleme der Stadt zu bewältigen, danach in regelmäßigen Abständen.
- 5) Als Orientierungshilfe soll die Sparliste der Stadt Duisburg, die in ihrer letzten Fassung über 400 Punkte umfasst, dienen.
- 6) Darüber hinaus sind nach und nach alle Ämter und Einrichtungen der Stadt eingehend und umfassend unter Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten zu untersuchen. Organisationsstrukturen und Arbeitsabläufe werden auf Grundlage dieser Untersuchung optimiert.

Begründung:

Die Finanzsituation der Stadt ist prekär. Rund 25% des Haushalts sind nicht gedeckt und auch die Zahlen für die Folgejahre lassen keine Verbesserung erkennen.

Der Ausfall der Gewerbesteuer ist dabei nur ein Teil des Problems. Es ist nicht davon auszugehen, dass die finanzielle Lage allein auf Grundlage einer allgemeinen wirtschaftlichen Erholung zu konsolidieren ist.

Viele andere Städte (Duisburg, Esslingen, Chemnitz) haben in den vergangenen Monaten umfangreiche Sparmaßnahmen entworfen, die teils mit drastischen Einschnitten verbunden sind. Manche Kommunen haben diese Maßnahmen erst in größter Haushaltsnot ergriffen (Duisburg), andere bemühen sich trotz geringerer Verschuldung konsequent um das Erreichen der schwarzen Null (Esslingen).

Die verwirklichten Sparmaßnahmen wurden dort fraktionsübergreifend erarbeitet und beschlossen.

Wir wünschen uns für die Stadt Koblenz dieselbe gemeinsame Kraftanstrengung aller Parteien.“

Oberbürgermeister Dr. Schulte-Wissermann fragt, ob der Antrag der FDP-Fraktion so zu verstehen sei, dass der Arbeitskreis eingerichtet werde und arbeiten solle und erst im Ergebnis dann der Haushalt beschlossen werde oder umgekehrt der Rat heute den Haushalt beschließe und neben das Genehmigungsverfahren und den Haushaltsvollzug einen solchen Arbeitskreis einrichte.

Rm Lehmkühler (SPD) äußert große Bedenken, ob ein solcher Antrag zulässig sei. Unbeschadet ob man vor oder nach dem Haushalt einen Beschluss fasse, solle hier ein Arbeitskreis mit sehr großen Aufgaben und vielen Mitgliedern beschlossen werden. Dieser Antrag gehöre nach seiner Auffassung in eine ordentliche Ratssitzung und nicht als Antrag zum Haushalt. Dieser habe unmittelbar mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf für 2010 nichts zu tun, weil er weit darüber hinausginge. Dies sei auch in der Begründung des Antrages nachzulesen. Eine Dringlichkeit könne er in der Angelegenheit auch nicht erkennen. Deshalb wisse er nicht, ob man den Antrag in dieser Form nun behandeln könne.

Oberbürgermeister Dr. Schulte-Wissermann räumt ein, dies sei ein Antrag, der sehr plötzlich eingereicht worden sei. Über diesen müsse man sich zunächst auch einmal Gedanken in den Fraktionen machen.

Rm Ackermann (Bündnis 90 / Die Grünen) äußert namens seiner Fraktion, dieser Vorschlag sei grundsätzlich gut, weil es genau das beinhalte, was die kleinen Fraktionen gefordert hätten, nämlich der Aufgabenkritik ein Forum zu geben. Aber die Frage nach der genaueren Ausgestaltung und dem Zeitpunkt der Einrichtung sei zuvor detailliert in einer Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses zu erörtern. Für den heutigen Haushalt erachte er diese Möglichkeit für zu spät. In einer der nächsten Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses sollte man sich dann mit der Thematik befassen.

CDU-Fraktionsvorsitzende Schumann-Dreyer führt aus, die Zielsetzung sei klar formuliert und dagegen sei auch nichts einzuwenden. Allerdings schlage man für das weitere Verfahren vor, zunächst die Reaktionen der ADD zum Haushalt abzuwarten und dann könnten im Lichte dessen im Haupt- und Finanzausschuss dazu entsprechende Eckwerte besprochen werden. Eine Entscheidung heute halte sie für schwierig, da die Verwaltung danach zunächst einmal Vorschläge unterbreiten müsse.

Rm Wefelscheid (BIZ) vertritt die Auffassung, die Zielsetzung ginge in die richtige Richtung. Das habe er auch am Ende seiner Rede so erwähnt, denn man müsse schon Überlegungen anstellen, ob man nicht zu dem Prozedere zurückkehre, Eckwertebeschlüsse zu fassen und dann gemeinsam im Haupt- und Finanzausschuss zu beraten, wie diese ausgefüllt werden könnten. Man sollte aber im Vorfeld gründliche Überlegungen über das Verfahren anstellen. Diesem „Überrumpelungsantrag“ könne man in der Form spontan nicht zustimmen. Er schließe sich dem Vorschlag der Vorredner an, dies im Haupt- und Finanzausschuss zu erörtern.

FBG-Fraktionsvorsitzender Gniffke sieht in dem Antrag eine „Arbeitsbeschaffungsmaßnahme“. Es sollten wieder einige Personen – auch in der Verwaltung - beschäftigt werden, die eigentlich schon genug Arbeit zu erledigen hätten. Er habe immer angenommen, der Haupt- und Finanzausschuss sei für diese Belange zuständig und dort sollte eine Erörterung stattfinden. Man brauche kein weiteres städtisches Gremium oder einen weiteren runden Tisch mit Externen, die viel Geld kosten würden. Er schlage deshalb vor, den Antrag nicht nur zu verschieben, sondern diesen heute abzulehnen.

Rm Altmaier (SPD) erklärt, es dränge sich der Verdacht auf, dass Rm Hoernchen ein Marketing-Seminar besucht habe „Kommunalpolitik – wie progressiv kann man arbeiten“. Diesen Antrag so kurzfristig einzubringen, sei mehr ein Marketing-Gag als ernst gemeintes Anliegen. Denn wie alle anderen Ratsmitglieder auch habe Rm Hoernchen durch die Einbringung des Haushaltes durch den Oberbürgermeister das Zahlenwerk vorgelegt bekommen. Dann habe man 6 Wochen Zeit gehabt, sich während dieser Zeitspanne als FDP-Fraktion an die Spitze der Bewegung zu stellen und auf die anderen Fraktionen zugehen können, um Einsparvorschläge zu erarbeiten. Während der Haushaltsberatungen sei die FDP-Fraktion sehr einsilbig gewesen, wenn es um Sparvorschläge gegangen sei. Dort hätte dann eine entsprechende Initiative erfolgen können. Er wolle aber an dieser Stelle die Frage äußern, ob denn dieser Antrag zu dem heutigen Zeitpunkt überhaupt zulässig sei, weil nach Erachten seiner Fraktion keine Dringlichkeit vorliege. Die FDP-Fraktion könne gegebenenfalls in der nächsten Sitzung des Rates diesen Antrag stellen und dann könne eine Verweisung an den Haupt- und Finanzausschuss erfolgen.

Oberbürgermeister Dr. Schulte-Wissermann verdeutlicht, es sei nur ein Angebot gewesen, den Antrag in den zuständigen Ausschuss zu verweisen, um dort einen Weg zu finden. Dann entfielen auch die Diskussionen über die Dringlichkeit. Anschließend werde man sich im Haupt- und Finanzausschuss über Ziele und Organisationsformen unterhalten.

FDP-Fraktionsvorsitzende Hoernchen verwehrt sich zunächst gegen Äußerungen hinsichtlich PR-Aktivitäten. Dies sei zwar ihr Beruf, aber der Antrag stelle keine PR-Aktion dar. Sie habe den Antrag im Vorfeld der Sitzung an die Fraktionen weitergeleitet, weil sie eine fraktionsübergreifende Aktion starten wolle. Selbstverständlich habe sie sich vorher bei der Verwaltung informiert, ob sie diesen Antrag einbringen könne. Man stimme der Verweisung in den Haupt- und Finanzausschuss zu und werde in Konsequenz daraus dem Haushalt 2010 nicht zustimmen.

Auf Anfrage des Rm Altmaier (SPD) erläutert Oberbürgermeister Dr. Schulte-Wissermann zur Rechtslage, es handle sich um einen Antrag, der nicht fristgerecht eingereicht worden sei. Seines Erachtens handle es sich zudem um einen Antrag, der sich nicht unmittelbar mit dem Zahlenwerk des Haushaltes befasse. Der Antrag erfülle wohl nicht die Eigenschaft der Dringlichkeit, aber gleichwohl sollte man sich in der Sache einig sein, den Antrag in einer der nächsten Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses zu besprechen und diesen daher zu verweisen.

Seitens der SPD-Fraktion wird kritisch angemerkt, dass von der bisherigen Vorgehensweise bezüglich einzuhaltender Fristen abgewichen werde, wenn man den Antrag heute in Form einer Verweisung behandle. Vom Grundsatz der Einhaltung von Fristen sollte daher nicht abgewichen werden.

Oberbürgermeister Dr. Schulte-Wissermann vertritt die Auffassung, dass dieser Antrag nicht fristgerecht eingereicht worden sei und insofern auch nicht die Dringlichkeit für eine Aufnahme in die Tagesordnung mit 2/3 Mehrheit des Rates vorliege. Der Antrag könne so nicht behandelt werden. Aber gleichwohl erkläre er zu Protokoll, dass er als Oberbürgermeister bereit sei, den Antrag auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses zu setzen.

Mit der Vorgehensweise erklärt sich der Rat einstimmig einverstanden.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Oberbürgermeister Dr. Schulte-Wissermann zunächst Punkt 1 zur Beschlussfassung.

Rm Biebricher (CDU) merkt dazu noch an, Rm Keul-Göbel (CDU) habe zuvor in der Haushaltsrede schon die Bedeutung der Gewerbe- und Grundsteuerhebesätze als wichtigen Standortfaktor betont. Koblenz stehe in Konkurrenz zu den umliegenden Kommunen und man sollte immer beachten, wie hart dieser Wettbewerb sei, wenn man an den Stellschrauben drehe. Die CDU-Fraktion schließe eine moderate Anhebung der Grundsteuer B grundsätzlich überhaupt nicht aus, aber man lehne sie heute ab, weil es der völlig falsche Zeitpunkt wäre. Es sei deshalb der falsche Zeitpunkt, weil in einer Zeit, in der die Bundesregierung zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise die Bürger und hier insbesondere die Familien entlaste, die Kommune nicht das Geld den Bürgern wieder aus der Tasche ziehen dürfe. Es werde immer wieder gesagt, es würden die Großgrundbesitzer geschützt. Dies sei aber absolut nicht der Fall, denn diese würden eine

Erhöhung locker wegstecken und müssten nicht geschützt werden. Vielmehr ginge dies zu Lasten der kleinen Häuslebauer, die sich den Eigenheimtraum verwirklicht hätten und nun mit jedem Euro kalkulieren müssten. Diese Gruppe treffe es schon hart, wenn sie in dieser Situation vielleicht bereits in Kurzarbeit wären und ein niedriges Einkommen beziehen würden. Zudem werde die Erhöhung auch sofort an die Mieter weitergegeben. Sie könnten dies in der derzeitigen Situation überhaupt nicht gebrauchen. Im ersten Semester der Volkswirtschaftslehre lerne man eigentlich schon, dass die Fiskalpolitik antizyklisch sein müsse, d.h. man könne in guten konjunkturellen Hochzeiten durchaus auch einmal belasten, aber in der Krise müsse man entlasten. Man habe erst im November letzten Jahres im Stadtrat mit großer Mehrheit eine Erhöhung abgelehnt, die nur um 10 Punkte gelegen habe. Heute lägen sogar 30 Punkte vor. Seit dem habe sich in der Sache nichts geändert. Deswegen werde heute lediglich der Versuch gestartet, den desolaten Haushalt einfach durch Einnahmensteigerungen zu entlasten. Das sei der falsche Weg. Sparen heiße nicht die Einnahmen zu erhöhen und den Bürgern damit in die Tasche zu greifen, sondern sparen heiße, dass man die Ausgaben reduziere. Wenn man dazu nicht in der Lage sei, dann dürfe man dies nicht auf dem Rücken der Bürger austragen.

Oberbürgermeister Dr. Schulte-Wissermann bringt seine Verwunderung zum Ausdruck, dass nach den logischen, richtigen, durchgreifenden Argumenten in den Haushaltsreden bezüglich dem, was alles zu tun sei, diese nach der langen Diskussion nicht zur Kenntnis genommen würden. Es könne natürlich die Haltung sein, zu sagen, man durchkreuze nicht die Bundespolitik dergestalt, dass man in Koblenz die Einnahmen erhöhe, aber der Rat habe die eigene Verantwortung für den Haushalt. Diese Verantwortung sei größer geworden mit der Lücke, die man schließen müsse, denn was man nicht einnehme, könne man auch nicht weitergeben z.B. im Rahmen der freiwilligen Leistungen. Auch da müsse man bedenken, dass viele Institutionen, freie Träger, Selbsthilfegruppen und Vereine etc. ebenfalls auf die Hilfe der Stadt Koblenz warten würden. Dies müsse entsprechend finanziert werden. Insofern halte er die Argumentation für zu verkürzt, wenn man sage, die Bundesregierung habe ein Wachstumsbeschleunigungsgesetz zur Entlastung verabschiedet und dann sei man sich einig und eine Steuererhöhung komme deshalb nicht in Frage. Man verschließe dabei die Augen vor allen Problemen, die man in den letzten 3 Stunden aufgezeigt habe.

Rm Ackermann (Bündnis 90 / Die Grünen) äußert, sparen sei nicht, mehr Einnahmen zu erzielen oder weniger auszugeben, sondern der eigentliche Begriff des Sparens in der Betriebswirtschaftslehre heiße, man gebe nichts aus und verwahre es, um es später auszugeben. Der Begriff des Sparens werde so überhaupt nicht genutzt, sondern dieser werde meist mit einsparen gleichgesetzt. Sparen bedeute „auf die hohe Kante legen“.

Zur Sache selbst merkt er an, die Fraktion „Bündnis 90 / Die Grünen“ stimme der Erhöhung zu, weil es eine sachliche Begründung gebe, da der Hebesatz seit 16 Jahren unverändert geblieben sei. Wenn man sachlich über einen Inflationsausgleich spreche, dann sei diese Anhebung gerechtfertigt. Diese Anpassung betrage zwischen 10 Euro und 40 Euro pro Einheit im Jahr. Dieser Betrag könne monatlich gesehen nicht gerade stark den Konsum einschränken. Hierbei handle es sich um eine maßvolle Erhöhung, die eigentlich überfällig sei.

Rm Altmaier (SPD) wirft die Frage auf, ob man noch glaubwürdig sei, wenn man nach 3 Stunden Haushaltsberatungen mit Hinweis auf die schwierige Lage beraten habe und in den Haushaltsreden geäußert worden sei, der Oberbürgermeister habe nicht alle Bemühungen angestrengt, diesen Haushalt zu verbessern und wo nun dieser Anpassungsvorschlag ein weiteres Mal auf die Tagesordnung komme, müsse man als Stadtrat dazu beitragen, dass die Aufsichts-

und Dienstleistungsdirektion diesen Beschluss des Rates anerkenne, weil diese stets bei der Haushaltsgenehmigung angeregt bzw. vorgeschrieben habe, dies zu vollziehen. Wenn man den Vergleich mit anderen Kommunen fordere, dann sehe man, wie hoch dort die Grundsteuer B liege. Mit der maßvollen Erhöhung liege man da immer noch gut im Wettbewerb und könne der ADD damit signalisieren, der Stadtrat habe den Mut zu einer maßvollen Erhöhung, die zwischen 9 Euro und 42 Euro nach Alter und Ausstattung des Gebäudes betrage. Daher sei der Hinweis der CDU-Fraktion auf die armen Mieter es nicht Wert, darauf einzugehen, weil eine Umrechnung auf mehrere Wohneinheiten nicht ins Gewicht falle. Deshalb solle man der Erhöhung der Grundsteuer B zustimmen, um den Haushaltsprüfern der ADD diesbezüglich ein Signal zu geben und wer verantwortungsvoll für die Stadt handle, sollte sich dem anschließen.

FBG-Fraktionsvorsitzender Gniffke erklärt, niemandbürde einem anderen gerne irgendwelche Lasten auf und erhöhe die Gebühren. Aber man habe auch eine entsprechende Verantwortung zu tragen, wie zuvor schon bei den Vorrednern angeklungen sei. Wenn man die Zahl lese, mit der die Haushalte belastet würden, dann sei man leicht verführt, Ja zu sagen, weil man das Geld für den städtischen Haushalt brauche. Es stelle sich aber die Frage, ob es unbedingt 30 Punkte sein müssten oder ob auch ein geringeres Niveau möglich sei. Keiner entscheide leichtfertig über eine Erhöhung.

Rm Diehl (CDU) weist darauf hin, er habe in den letzten Tagen einen Bescheid erhalten, in dem noch ein Hebesatz von 360 Punkten erwähnt werde. Es wäre demnach ein erheblicher Aufwand, dies ab dem Jahr 2010 noch einmal zu ändern. Er habe zuvor von Rm Biebricher (CDU) deutlich vernommen, dass die CDU-Fraktion nicht generell gegen eine Erhöhung sei. Man hätte sich eine maßvollere Erhöhung vorstellen können. Die jetzige 8 %ige Erhöhung mache es im Vergleich zu Mülheim-Kärlich schwierig, weil man im Norden mit diesem Wert aus der Rolle falle. Es sei der Punkt, dass bei Ansiedlungspolitik oder anderen Positionen wie dem Wohnbau der eine oder andere denke, er könne anderweitig günstiger bauen und es sei nachhaltig preiswerter. Aus dieser Situation heraus wäre es gut, wenn man auch mit den Gemeinden auf Mayen-Koblenz-Ebene spreche, ob man nicht eine gemeinsame Aktion der Region daraus machen wolle. Denn Koblenz halte auch für andere Kommunen etliches vor wie Theater, Schulen u.a. Insofern wäre es für ihn wünschenswert, wenn man in Absprache mit den Nachbargemeinden die Differenz bzw. Konkurrenz innerhalb der Situation nicht stärker erhöhe. Zu jetzigen Zeitpunkt wünsche man keine Erhöhung.

Oberbürgermeister Dr. Schulte-Wissermann nimmt Bezug auf die anfänglichen Ausführungen des Vorredners und weist darauf hin, dass eine mögliche Erhöhung für 2010 mit dem nächsten Bescheid nachgefordert werden könnte. Dies sei technisch überhaupt kein Problem. Zweitens sei eine Absprache mit anderen Gemeinden nicht möglich. Solche Gespräche würden zu keinem Ergebnis führen. Drittens halte Koblenz als Oberzentrum ganz andere Dinge vor, wie z.B. Mülheim-Kärlich. Deswegen könne man sehr wohl differenzieren in dem Hebesatz, der gewiss nicht zu einer Stadtflucht führen werde. Wer davon seine Entscheidung, in Mülheim-Kärlich oder Koblenz zu wohnen, davon abhängig mache, ob eine Grundsteuer 360 oder 390 Punkte habe, dem könne er diese Argumentation nicht abnehmen. Hier gebe es ganz andere Gesichtspunkte. Da man in Koblenz mehr Aufgaben zu stemmen habe, brauche man die zusätzlichen Mittel in Folge der Erhöhung des Hebesatzes.

Rm Kaiser (FDP) äußert, die FDP-Fraktion habe sich mit der Entscheidung ebenfalls schwer getan. Im vergangenen Jahr habe man es auch abgelehnt. Man denke auch grundsätzlich, dass es

keine gute Idee sei, den Bürgern in die Tasche zu greifen. Allerdings müsse man hier einsehen, dass man viel über den Haushalt und die desolate Lage gesprochen habe und wenn man 16 Jahre lang keine Erhöhung vorgenommen habe, dann müsse man der Anpassung des Hebesatzes zustimmen, wenn man ernsthaft versuche, den Haushalt in den Griff zu bekommen. Deswegen werde die FDP-Fraktion der Angelegenheit zustimmen, weil man auf der einen Seite nicht alles streichen können und auf der anderen Seite diese Erhöhung nicht mittragen wolle.

Frau Brockmann-Kneip (Amt 20) ergänzt zum kommunalen Steuerwettbewerb, dieser habe in Bereichen der Gewerbesteuer vor Jahren zu ruinösem Wettbewerb geführt bis hin dazu, dass die Gemeinde Norderfriedrichskog einen Hebesatz von Null eingeführt habe, woraufhin sehr viele Briefkastenfirmen ihren Sitz dorthin verlegt hätten. Das sei dann in einer Gesetzesänderung gemündet, dass ein Mindesthebesatz für die Gewerbesteuer erhoben werden müsse. Sie könne nur davor warnen, in einen Wettbewerb mit Kommunen einzusteigen, wer denn die billigste Hebesatzgestaltung habe. Zum anderen sei im Vorfeld schon einmal angeklungen, dann solle man doch warten, bis die ADD dies der Stadt Koblenz noch einmal ins Stammbuch schreibe, dann beschließe man vielleicht eine Erhöhung. Man könne den Hebesatz nur bis einschließlich 30.06. erhöhen, sonst sei eine Erhöhung in 2010 nicht mehr möglich. Im Hinblick auf die weiteren anstehenden Sitzungstermine gebe es nur jetzt die Möglichkeit zuzustimmen, ansonsten könnte die Chance für 2010 verpasst sein.

Rm Sauer (CDU) stellt fest, sie habe nicht zu dem Tagesordnungspunkt gesprochen und beantrage den Schluss der Debatte sowie die Abstimmung in der Sache.

Der Stadtrat stimmt dem Antrag auf Schluss der Debatte einstimmig zu.

Anschließend stellt Oberbürgermeister Dr. Schulte-Wissermann den Beschlusstenor zu TOP 1 zur Abstimmung.

Der Stadtrat stimmt bei 23 Gegenstimmen mit Stimmenmehrheit zu.

Im Anschluss daran folgt die Abstimmung zu TOP 2.

Der Stadtrat stimmt bei 17 Gegenstimmen mit Stimmenmehrheit zu.